GS-DG-01-139

Wir gestalten die Digitalisierung

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Marc Kersten (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 138 bis 139 einfügen:
mit Förderbanken vernetzen sowie Co-Working- und Gewerberäume für Gründerinnen und Gründern fördern. Wir wollen gerade Kleinunternehmer*innen den Zugang zu staatlichen Förderkrediten auch unbürokratisch ermöglichen, ohne zwingende Beteiligung einer Geschäftsbank und bei Summen bis 50.000 Euro abhängig von der Geschäftsidee auch ohne Eigenkapital und bankübliche Sicherheiten. Hierzu wollen wir u.a. das Instrument der Mikrokreditfonds ausweiten.

Begründung

Derzeit werden Existenzgründungskredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Regelfall nicht direkt vergeben. Es muss stets eine Geschäftsbank eingebunden werden, die die formalen Vorausetzungen prüft, die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells begutachtet und den Vertrag formal abwickelt. Doch die dabei erzielbaren von der Darlehenshöhe abhängigen Erträge sind oftmals unattraktiv für die Geschäftsbanken. So werden viele Kleinprojekte gar nicht ernsthaft geprüft, weil sie als unwirtschaftlich gelten, unabhängig von der Qualität der zu fördernden Unternehmensidee. Der absurde Effekt: Es ist oft einfacher ein 5 Millionen Darlehen zu bekommen, als 20.000 oder 50.000 Euro.

Zudem übernimmt die KFW nur eine Ausfallbürgschaft über 80% der Darlehenssumme. Die Geschäftsbanken verlangen deshalb meist harte Sicherheiten bei Vertragsabschluss und zwar nicht über 20% sondern 100% der Darlehenssumme, weil sie nur so ihr Ausfallrisiko auf effektiv 0% reduzieren können. Das aber widerspricht der Grundidee der KfW-Kredite. Und wer harte Sicherheiten (Immobilenbesitz, Wertpapiere) in Höhe des Darlehens besitzt braucht den Förderkredit eher nicht. Dadurch wird genau die Zielgruppe effektiv von Förderkrediten ausgeschlossen die sie am nötigsten hat. Für Menschen aus wirtschaftlich schwächeren Schichten wird es so fast unmöglich Fremdkapital für eine Existenzgründung zu erhalten.

Auch bei den seit 2009 von der Bundesregierung eingerichteten Mikrokreditfonds müssen - insbesondere bei sozial und ökologisch verantwortungsvollen Projekten - Menschen aus allen Bevölkerungsschichten die realistische Chance auf eine Darlehensgewährung haben, wenn wir unseren Anspruch auf Chancengleichheit ernst nehmen.

Unterstützer*innen

Christian Hohn (Olpe KV); Markus Wagener (Köln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Kerstin Dehne (München KV); Holger Lange (München-Land KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Sonja von Zons (Gütersloh KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV);

Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Stefanie Hansmeier-Maas (Wuppertal KV); Silvia Nadine Halusiak (Mettmann KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Till Hoffmann (Köln KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Benjamin Rauer (Minden-Lübbecke KV); Bert Lahmann (Köln KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Roland Schwarz (Köln KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Wolfgang Cordes (Bochum KV); Regina Klünder (Kiel KV); Deniz Ertin (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV)